

Wolfgang Reinicke

„Denn wenn es einmal zu spät ist ...“ Der Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8./9. November 1923 aus jüdisch-bayerischer Perspektive

Die Ereignisse rund um den Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8./9. November 1923 gelten als gut erforscht. Wenig Beachtung fand bisher allerdings die antisemitische Stoßrichtung des Umsturzversuchs und die Wahrnehmung der Geschehnisse aus jüdischer Perspektive. Der vorliegende Aufsatz untersucht die Vorgänge aus dem Blickwinkel der Juden in Bayern und legt die Gründe für den nach der Revolution von 1918/19 gerade in Bayern stark angewachsenen Antisemitismus und die unterschiedlichen Reaktionen darauf dar.

The events surrounding the Munich Putsch on the 8th and 9th of November 1923 are now regarded as thoroughly researched. However, little attention has been paid to the anti-Semitic thrust of the attempted coup and how Jews perceived the events. The present essay takes up this research question, examining the putsch from the point of view of the Jews in Bavaria and defining the reasons anti-Semitism had strengthened considerably in Bavaria after the revolution of 1918/19. It also explores the different reactions to this.

Einleitung

„Heut vor acht Tagen ist uns also endlich das wirkliche ‚Novemberverbrechen‘ beschert worden.“ Mit diesen Worten charakterisierte der Arzt Julius Walter Levi in einem Brief vom 16. November 1923 den gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch in München.¹ Der Brief gehört zu den noch wenig beachteten Quellen, die die Vorgänge aus jüdischer Perspektive beleuchten. Die Forschung konzentrierte sich bisher vornehmlich auf die Detailanalyse der Ereignisse rund um den Putsch, seine Bedeutung für Hitler und den Nationalsozialismus oder seine Ideologisierung durch das NS-Regime nach 1933.² Der jüdische Blickwinkel spielte dabei, wenn überhaupt, nur eine Nebenrolle. Eine wichtige Ausnahme bildete ein Aufsatz Susanne Meinls, die die Genese des antisemitischen Verfassungsentwurfs der Putschisten von 1923 untersuchte.³ Auch die

¹ Brief Julius Walter Levis an Mixl (unbekannter Empfänger), 16.11.1923, Leo Baeck Institute New York, online unter <http://www.archive.org/stream/juliuswalterleviooreel01#page/n27/mode/1up> [27.05.2018]. Der ursprünglich von rechtsgerichteten Kreisen gegen die Revolutionäre von 1918 eingesetzte Kampfbegriff der „Novemberverbrecher“ erscheint in der von Levi gewählten Umdeutung auf den Putsch als „Novemberverbrechen“ auch in der überregionalen Presse (vgl. Die Voss. Ausland-Ausgabe der Wochen-Ausgabe der Vossischen Zeitung, Nr. 46/47, 24.11.1923, S. 1).

² Dazu bis heute unverzichtbar: Gordon, Harold J. jun.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, München 1978; Pappert, Lars: Der Hitlerputsch und seine Mythologisierung im Dritten Reich (= Deutsche Hochschuledition, Bd. 128), Neuried 2001.

³ Meinl, Susanne: „Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlagnahmt“. Antisemitische Wirtschaftspropaganda und völkische Diktaturpläne in den

neueren Hitler-Biografien widmeten dem Putschversuch von 1923 große Aufmerksamkeit, analysierten dabei aber ebenfalls vorrangig Vorgeschichte, Umstände, Ablauf und Folgen der Geschehnisse mit Bezug auf Hitler und die NS-Bewegung. Ian Kershaw zeigte etwa, wie der Putsch und mehr noch die Hitler während des anschließenden Prozesses sowie in der Haft in Landsberg entgegengebrachte Verehrung dessen Überzeugung wachsen ließen, ‚Märtyrer‘ und ‚Führer‘ der ‚nationalen Bewegung‘ zu sein.⁴ Auf die antisemitische Stoßrichtung ging Kershaw dagegen auch in seiner bahnbrechenden Hitler-Biografie nicht ein.⁵ Während Peter Longerich die Geiselnahme von Juden beim Putschversuch lediglich erwähnte,⁶ schilderte Volker Ullrich den „Terror gegen den politischen Gegner und die jüdischen Bürger Münchens“ etwas ausführlicher.⁷ Umso wichtiger ist daher Dirk Walters Dissertation zu antisemitischer Kriminalität in der Weimarer Republik, insbesondere im Vergleich von Bayern und Preußen.⁸

Neben den Arbeiten über den Putschversuch sind für den vorliegenden Aufsatz auch die Untersuchungen zur Geschichte der Juden, insbesondere in den 1920er Jahren, relevant. Hier hat sich die Forschungslage dank der von Michael Brenner und Andreas Heusler herausgegebenen ‚Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern‘ stark verbessert, da diese detaillierte Einblicke in die Geschichte einzelner jüdischer Gemeinden in Franken, Schwaben und der Oberpfalz geben. In der Zusammenschau mit den Arbeiten zu München wurde so ein regionaler Vergleich jüdischer Lebenswelten für das zweitgrößte Land des Deutschen Reichs möglich.

Im Zentrum der nachfolgenden Darstellung steht die Frage nach der antisemitischen Stoßrichtung des Umsturzversuchs. Welche Vorarbeiten und Handlungsempfehlungen gab es für die Putschisten? Mit welchen Methoden gingen sie vor? Auch nach dem antisemitischen Gehalt der Politik der bayerischen Staatsregierung unter Führung Gustav Ritter von Kahrs ist zu fragen. Zu untersuchen ist ferner, warum der Antisemitismus in Bayern zu dieser Zeit besonders stark verbreitet war. Vor allem aber soll herausgearbeitet werden, wie die Juden in Bayern darauf reagiert haben.

Voraussetzung dafür ist die Auswertung jüdischer Quellen, die sowohl in der Erinnerungsliteratur als auch in Pressepublikationen zu finden sind.⁹ Dieser (in Zukunft noch mit weiteren Zeugnissen zu ergänzende) Perspektivwechsel ermöglicht einen erweiterten Blick auf die Geschehnisse der frühen 1920er Jahre. Er offenbart die Außen- und Binnensicht einer von der Politik und großen Teilen der Gesellschaft an den Rand gedrängten Gruppe und zeigt, wozu politisch legitimierte Hetze, gewalttätige Übergriffe, Polizei- und Justizversagen führen können: zur Spaltung und Radikalisierung der Gesellschaft auf Kosten einer drangsalierten Minderheit.

ersten Jahren der Weimarer Republik, in: Wojak, Irmtraud/Hayers, Peter (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus: Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt am Main/New York 2000, S. 31–58.

⁴ Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999 [1987], S. 40.

⁵ Vgl. Kershaw, Ian: Hitler 1889–1945. Vom Autor gekürzte Ausgabe, 3. Aufl., München 2009, S. 145–152.

⁶ Longerich, Peter: Hitler. Biographie, München 2015, S. 130.

⁷ Ullrich, Volker: Adolf Hitler. Biographie, Bd. 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939, Frankfurt am Main 2013, S. 175.

⁸ Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

⁹ Ausgewertet wurden vor allem die Jahrgänge 1923/24 des *Jüdischen Echos*, die Memoiren des jüdischen Rechtsanwalts Philipp Loewenfeld sowie Interviews mit jüdischen Zeitzeugen (siehe unten mit einzelnen Belegen).

Der Weg zum Putsch

Nach dem Trauma der unerwarteten Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Umsturz der politischen Verhältnisse in der Revolution von 1918/19 sowie dem als Schmach empfundenen Friedensschluss von Versailles war die deutsche Gesellschaft zutiefst verunsichert und aufgewühlt. Die Juden, die zum Teil große Hoffnungen darauf gesetzt hatten, dank Revolution und neuer Staatsform volle Gleichberechtigung und Anerkennung finden zu können, wurden zu Sündenböcken für den Niedergang Deutschlands gemacht.¹⁰ Bayern spielte dabei eine Vorreiterrolle, da hier unter Ministerpräsident Kahr ab 1920 Republikfeinde aus ganz Deutschland eine neue Heimat fanden und die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers ihren Ausgang nahm. Hitler und Kahr konkurrierten im rechtskonservativen Lager um die Vorherrschaft. Während Kahr die „extrem föderalistische, nationalkonservative und weiß-blau monarchistisch ausgerichtete Gruppierung“ dominierte, schwang sich Hitler mit seiner 1920 in München gegründeten NSDAP¹¹ zum Führer der „rechtsradikale[n], nationalrevolutionäre[n] Richtung“ auf.¹²

Hitlers Markenzeichen war ein extremer Antisemitismus, den er in zahllosen Bierkellerreden propagierte.¹³ Seine Auftritte in München galten als Ereignisse mit Unterhaltungswert. Dabei gelang es dem „heulende[n] Derwisch“, wie sich Carl Zuckmayer erinnerte, „jene dumpf im Virginia- und Würstl-Dunst zusammengedrängten Mengen aufzuputzen und mitzureißen“. Seine Thesen schienen einem Grundbedürfnis der Nachkriegsgesellschaft zu entsprechen. „Das Ziel: wir müssen wieder eine Militärmacht werden, die Juden und Marxisten [...] gehören abgekragelt [= ihnen sollte man den Hals umdrehen].“¹⁴ Hitler ließ keinen Zweifel daran, wo der Kampf gegen die Feinde der ‚nationalen Erhebung‘ seinen Ausgang nehmen sollte: „Deutschland wird nur leben können“, rief er am 15. Mai 1921 in sein Münchner Publikum, „wenn der Saustall jüdischer Korruption, demokratischer Heuchelei und sozialistischen Betruges mit eiserne[m] Besen ausgefegt wird. Der eiserne Besen aber wird in Bayern gebunden.“¹⁵

Als 1923 Ruhrbesetzung, Hyperinflation und separatistische Unruhen im Rheinland die Krise der Weimarer Republik dramatisch verschärften, schien der Zeitpunkt für einen Umsturzversuch von rechts gekommen zu sein. Von München und Bayern aus sollte mit Waffengewalt gegen das verhasste ‚rote‘ und ‚jüdische‘ Berlin vorgegangen werden. Derartige Pläne verfolgten sowohl Hitler und der von ihm geführte ‚Kampfbund‘ als auch Kahr, den die bayerische Regierung zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Befugnissen berufen hatte. Als Hitler realisierte, dass ihn Kahr bei seinen Staatsstreichplänen ausbooten wollte, entschied er sich zum Handeln. Am Abend des 8. November

¹⁰ Vgl. Eitz, Thorsten/Engelhardt, Isabelle: Diskursgeschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, Hildesheim/Zürich/New York 2015, S. 37 f.

¹¹ Vgl. zur Frühgeschichte der NSDAP bis zum Putsch von 1923 Longerich, Peter: Hitler, München und die Frühgeschichte der NSDAP, in: Nerdinger, Winfried (Hg.): München und der Nationalsozialismus. Katalog des NS-Dokumentationszentrums München, München 2015, S. 398–407; Heusler, Andreas: Das Braune Haus. Wie München zur „Hauptstadt der Bewegung“ wurde, München 2008, S. 91–101.

¹² Dotterweich, Volker: „Hitlerputsch“ und Münchner Hochverratsprozess 1923/24. Überlegungen zu einer modifizierten Bewertung, in: Merzinger, Patrick (Hg.): Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation, Stuttgart 2010, S. 175–188, hier S. 177.

¹³ Vgl. Ullrich, Adolf Hitler, Bd. 1, 2013, S. 121–124.

¹⁴ Zuckmayer, Carl: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt am Main 1997, S. 450.

¹⁵ Jäckel, Eberhard/Kuhn, Axel (Hg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, Stuttgart 1980, Nr. 239, S. 394.

1923 sprengte er mit einer bewaffneten Einheit der SA eine Versammlung des von Kahr eingeladenen „weiß-blau-konservative[n] Establishment[s]“¹⁶ im Münchner Bürgerbräukeller. Hitler presste dem sogenannten Triumvirat aus Kahr, dem bayerischen Landeskommandanten der Reichswehr Otto von Lossow und dem bayerischen Landespolizeikommandanten Hans von Seißer die Zusage ab, sich gemeinsam mit dem Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff an einer von ihm geführten Reichsregierung zu beteiligen.¹⁷

Noch in der Nacht widerriefen Kahr, Lossow und Seißer ihre Zusagen und leiteten Gegenmaßnahmen ein. Polizei und Kasernen wurden alarmiert. Um Führungsstärke zu demonstrieren und vor den eigenen Anhängern das Gesicht zu wahren, wollten Hitler und Ludendorff einen letzten Versuch wagen, mit einem Demonstrationzug durch die Münchner Innenstadt die Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, die Macht in der Stadt zu übernehmen und anschließend mit den an den Grenzen zu Thüringen und Sachsen stehenden Wehrverbänden gegen Berlin vorzugehen. Obwohl der Zug mit etwa 2.000 Teilnehmern am Mittag des 9. November 1923 zahlreiche Sympathisanten und Schaulustige in die Stadt gelockt hatte, konnte er durch das entschlossene Vorgehen der bayerischen Landespolizei an der Feldherrnhalle gestoppt werden. 15 Putschisten, vier Polizisten und ein unbeteiligter Passant verloren ihr Leben. Der Umsturz war gescheitert.¹⁸

Hitler, Ludendorff und andere Putschisten wurden verhaftet. Zahlreiche ihrer Anhänger blieben aber auf freiem Fuß. In München kam es in den darauffolgenden Tagen wiederholt zu Protestkundgebungen gegen Regierung und Polizei. Siegfried Wagner, Sohn des von Hitler verehrten Komponisten Richard Wagner, hatte den Putsch gemeinsam mit seiner Frau Winifred in München zufällig miterlebt. Er ließ seiner Enttäuschung über das Eingreifen der Polizei freien Lauf: „So ein schändlicher Verrat ist noch nie geschehen! Gegen solche Gemeinheit ist allerdings ein so reiner Mensch wie Hitler und Ludendorff nicht gefeit. Der Deutsche kann so etwas nicht fassen! – Und diese Zwietracht in den Reihen der Nationalen. Es ist zum Verzweifeln. Eitelkeit, Bockbeinigheit, nur nie Eintracht. Da hat’s der Jud und Pfaff leicht.“¹⁹

Der Putschversuch im Spiegel jüdisch-bayerischer Quellen

Wie erlebten die Juden in Bayern den Putschversuch? In dem eingangs zitierten Brief erinnerte sich Julius Walter Levi an die widersprüchliche Nachrichtenlage am 9. November 1923 in München. Morgenzeitungen vermeldeten die Bildung der neuen Reichsregierung unter Hitler. Bei einem vormittäglichen Gang durch die Innenstadt zur väterlichen Bank sei der Marienplatz zwar belebt gewesen, wenngleich nicht stärker als an einem „Markttag zur Zeit des Glockenspiels“. Im Bankhaus Levi hätten „christliche Kunden ihre Dienste angeboten“, „falls es irgendwie dienlich sein, helfen könne“ – ein bemerkenswertes Hilfsangebot. Levi verließ die Bank und kehrte nach Hause zurück, wo er davon erfuhr, dass es „auf dem Odeonsplatz Verwundete u[nd] Tote“ gegeben habe. Am Abend sei in der Stadt „grölendes Geschrei“ zu hören und „viele Bekanntmachungen,

¹⁶ Dotterweich, „Hitlerputsch“, 2010, S. 179.

¹⁷ Vgl. die ausführliche Schilderung bei Gordon, Hitlerputsch, 1978, S. 256–261.

¹⁸ Vgl. Gordon, Hitlerputsch, 1978, S. 281–327.

¹⁹ Zitiert nach Hamann, Brigitte: Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2002, S. 90.

zahlreiche Schutzleute, [aber] wenig Menschen“ zu sehen gewesen. Auch von den Überfällen auf den Sitz der sozialdemokratischen *Münchener Post* und die Wohnung des SPD-Vorsitzenden Erhard Auer habe man gehört. „Im übrig[en] hatten die Banditen zu wenig Zeit[,] um größeres Unheil anzurichten. Daß freilich ‚marxistische‘ Stadträte, darunt[er] d[er] I. Bürgermeister, entführt u[nd] schwer mißhandelt wurden u[nd] knapp vor dem Erschossen-Werden standen, reicht den meisten. [...] Daß eine Reihe jüdischer Geiseln festgesetzt wurde, versteht sich von selber. Sie sind aber alle glimpflich davongekommen. (Viele Familien waren geflüchtet.)“ Unterdessen hetze „die ‚Straße‘ geg[en] Kahr, am übelsten [...] die Lausbuben d[er] Universität [...]. Die Katholischen wurden als Faulhaberknechte beschimpft; d[er] Kardinal [Michael von Faulhaber] sei gekauft von den Juden, die ihm die Dom-Erneuerung bezahlen wollten; Kahr sei jüdischer Abstammung (!!!)“. Diese Gerüchte würden „natürl[ich] alle geglaubt – München muß doch seinem Ruf als verblödetste Stadt Ehre machen!“²⁰

Diese Schilderungen entsprechen weitgehend den tatsächlichen Vorgängen. Nur ganz vereinzelt finden sich Quellen, die von einem aktiven Eingreifen von Juden in das Geschehen rund um den Putsch zeugen. So berichtete Jakob Kra-Os, dass sich sein Vater gemeinsam mit einer Abteilung des jüdischen Sportvereins Bar Kochba in der Münchner Dienerstraße Schlägereien mit Putschisten geliefert habe.²¹ In Mittelfranken kam es zu einer Schießerei zwischen Putschanhängern und Juden.²²

Zahlreicher sind die Aussagen von Juden, die zeigen, dass sie die Gefahr, die ihnen durch die Nationalsozialisten drohte, unterschätzten. Heinz Feldheim bekannte aus der Rückschau: „Den Anfängen muß man wehren! Denn wenn es einmal zu spät ist, dann ist es aus! Das haben wir damals versäumt, das haben wir nie geglaubt. Wie Hitler seinen Putsch gemacht hat, haben wir gelacht, 1923 [...]“.²³ Ähnlich erinnerte sich Philipp Loewenfeld, der die Nachrichten vom Putschversuch Hitlers „mehr für einen faulen Witz, als für ein politisches Faktum“ gehalten hatte.²⁴ Auch außerhalb Münchens wurden die Geschehnisse registriert. Erich Ortenau schätzte die Lage zu Beginn der 1920er Jahre in Bad Reichenhall ambivalent ein: „Es war damals eine Zeit, in der unaufhörlich Putsche und ähnliche Sachen waren, [...] und es hat schon seine [...] Ausstrahlungen eben auch nach diesem kleinen Ort [...] gegeben. Aber trotzdem hat es uns eigentlich persönlich nicht berührt.“²⁵ Walter Guggenheim hatte hingegen der Antisemitismus der Nationalsozialisten beunruhigt: „Nun haben wir vielleicht den Fehler gemacht, diese Bedrohung nicht hundertprozentig ernst zu nehmen. Sie war eine Bedrohung, aber wir haben geglaubt, [...] daß diese Erscheinung nicht überhand nimmt.“²⁶

²⁰ Brief Julius Walter Levis an Mixl, 16.11.1923.

²¹ Kra-Os, Jakob: Erinnerungen, in: Bokovoy, Douglas/Meining, Stefan (Hg.): Versagte Heimat. Jüdisches Leben in Münchens Isarvorstadt 1914–1945, München 1994, S. 379–402, hier S. 383 f.

²² Vgl. Gordon, Hitlerputsch, 1978, S. 375.

²³ Haus der Bayerischen Geschichte, Bildarchiv, Zeitzeugeninterview mit Heinz Feldheim, 01.03.1989, S. 35.

²⁴ Loewenfeld, Philipp: Memoiren, Bd. 3, New York 1945, S. 692, online unter Leo Baeck Institute New York, http://digital.cjh.org:80/R/-?func=dbin-jump-full&object_id=1052666&silobyrary=GEN01 [27.05.2018].

²⁵ Haus der Bayerischen Geschichte, Bildarchiv, Zeitzeugeninterview mit Erich Ortenau, 20./21.05.1987, Teil II, S. 2.

²⁶ Haus der Bayerischen Geschichte, Bildarchiv, Zeitzeugeninterview mit Walter Gad Guggenheim, 17.08.1987, S. 4 f.

Die antisemitische Stoßrichtung des Putschversuchs

Welche Folgen ein Sieg der Putschisten für die Juden in Bayern und Deutschland gehabt hätte, zeigt ein Dokument, das bei dem am 9. November 1923 getöteten Putschisten Theodor von der Pfordten gefunden wurde. Der aus Bayreuth stammende Rat am Bayerischen Obersten Landesgericht zählte zu den frühen Unterstützern der NSDAP. In seiner Jackentasche hatte er den Entwurf einer Verfassung für das Deutsche Reich bei sich.²⁷ Neben der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie forderte man die Enteignung jüdischer Vermögen, die Entlassung jüdischer Beamter, die Deportation von Juden in Sammellager sowie die Todesstrafe für all diejenigen, die den Betroffenen zu Hilfe kämen.²⁸ Die Forderung nach „Maßnahmen zur Säuberung und Entlastung der Städte, Bäder und Fremdenorte, insbesondere zur Entfernung aller sicherheitsgefährlichen Personen und unnützen Esser“ lässt erkennen, dass neben Juden auch andere stigmatisierte Gruppen der Gesellschaft wie Roma und Sinti, ‚Asoziale‘, Behinderte oder Homosexuelle ausgegrenzt und verfolgt werden sollten.²⁹

Nicht alle diese Forderungen waren neu: Ein Leitartikel im *Völkischen Beobachter* vom 10. März 1920 forderte unter der Überschrift „Macht ganze Arbeit mit den Juden!“ die Ausweisung der ‚Ostjuden‘, die „Einführung von Judenlisten“ und die „sofortige Entfernung der Juden aus allen Staatsämtern [und] Zeitungsbetrieben“. Als „Endziel der deutschvölkischen Bewegung“ gelte es, „ostjüdisches und jüdisches Ungeziefer mit eisernem Besen aus[zu]fegen“³⁰.

Noch drastischer formulierte es der Passauer Reichswehrangehörige Hans Knodn. Im August 1919 hatte er Hitler kennengelernt, von dessen Redetalent er fasziniert war. Knodn gründete im September 1920 die NSDAP-Ortsgruppe in Passau.³¹ In einem Schreiben vom 16. April 1920 bat er um eine Audienz beim bayerischen Ministerpräsidenten Kahr, um ihm eine Denkschrift mit der Bitte um „vertrauliche Behandlung“ vorzulegen, was am 11. Mai 1920 geschah.³² Darin geißelte er die Revolution von 1918 als „jüdische[n] Staatsstreich“. Der nationale Wiederaufstieg Deutschlands könne nur gelingen, „wenn wir das Judentum aus unserem Volks- und Wirtschaftsleben restlos entfernt haben werden“. Das internationale Judentum habe die Völker in den Weltkrieg gehetzt und profitiere finanziell vom Versailler Vertrag. Das „deutsche Volk“ müsse „seine Mission erkennen und die Befreiung der Völker“ in Angriff nehmen. Knodn verglich die Herausforderung, vor der Deutschland stehe, mit der Zeit der Kreuzzüge und der Türkenkriege. Selbst vor einer religiösen Überhöhung schreckte er nicht zurück: Jeder Christ sei „zum heiligen Kampf“ aufgerufen, und zwar „bis zur äussersten Konsequenz. Alles[,] was man vor Gott, seinem Ehr- und Pflichtgefühl verantworten kann[,] muss zur Durchführung kommen“. Es brauche dafür „tapfere entschlossene Führer [...], denn das deutsche Volk will geführt sein[,] da es das politisch dümmste Volk ist und deshalb der Irreführung

²⁷ Vgl. Walter, *Antisemitische Kriminalität*, 1999, S. 114.

²⁸ Vgl. Meinel, „Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen ...“, 2000, S. 31–58.

²⁹ Zitiert nach Gietinger, Klaus: *Hitler vor Gericht. Der Prozess nach dem Putsch von 1923 – Fakten, Hintergründe, Analysen*, München 2009, S. 87 (§ 16).

³⁰ *Völkischer Beobachter*, 34. Jg., Nr. 20, 10.03.1920, S. 1.

³¹ Vgl. Kellermann, Heinz: *Hans Knodn (1894–1953). Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Passau*, Passau 2017, S. 8 ff.

³² Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 66282, Denkschrift Hans Knodns (Abschrift); vgl. auch Jochmann, Werner: *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, Hamburg 1988, S. 144.

besser ausgesetzt ist“. Was Knodn vor Gott, seinem Ehr- und Pflichtgefühl verantworten zu können glaubte, war Antisemitismus in Reinform und nahm in Teilen die nationalsozialistische Judenverfolgung ab 1933 vorweg. Spätestens innerhalb von 48 Stunden hätten sich alle Juden, nur mit dem Notdürftigsten versehen, an Sammelstellen einzufinden, um von dort in „Konzentrationslager“ deportiert zu werden. Juden, die sich der Verhaftung zu entziehen suchten, seien ebenso mit dem Tode zu bestrafen wie „Deutsche[,] die den Juden zur Flucht verhilflich sind“. Knodn sah in den internierten Juden ein starkes Druckmittel: Die Errichtung einer Blockade durch die Kriegsgegner Deutschlands könnte mit der Aushungerung, ihr Vormarsch mit der rücksichtslosen „Niedermetzelung der Juden“ beantwortet werden. „Sobald die inneren und äusseren Gefahren gebannt sind[,] muss mit der restlosen Abschiebung aller Juden nach Palästina begonnen werden, nach Abnahme des auf unehrliche Weise erworbenen Vermögens.“ Die Unterscheidung, was auf „ehrliche“ und was auf „unehrliche“ Weise erworben worden sei, sollte nach „germanische[m] Recht“ getroffen werden. Allen ausgewiesenen Juden wäre es „bei Todesstrafe“ verboten, jemals wieder deutschen Boden zu betreten.³³

Ob Kahr auf die Denkschrift geantwortet hat, lässt sich aus den Akten nicht ersehen. Nach dem Eingang des ersten Schreibens wurde Knodn durch das Innenministerium überprüft. Auf dem Schriftstück heißt es, dass der Autor „als geisteskrank nicht bekannt“ sei. Die Polizeidirektion München berichtete am 25. Mai 1920, dass Knodn keine Vorstrafen habe.³⁴

Wie von Knodn gefordert, nahmen Einheiten des am Putsch beteiligten Bund Oberland am 8./9. November 1923 in München mehrere jüdische Geiseln. Philipp Loewenfeld erinnerte sich, dass die Geiselnnehmer dafür Adressbücher und Klingelschilder nach jüdisch klingenden Namen absuchten.³⁵ Dieses improvisierte Vorgehen war der fehlenden Vorbereitung des Putsches geschuldet und sorgte für große Unruhe. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Umsturzversuchs verließen zahlreiche Juden die Stadt aus Angst vor einem Pogrom, wie es im Berliner Scheunenviertel am 5. November 1923 geschehen war.³⁶ Putschanhänger warfen die Fenster der Hauptsynagoge ein.³⁷ SA-Führer Hermann Göring drohte am Vormittag des 9. November 1923 gegenüber der Landespolizei, dass er, sollten Putschisten beim Marsch durch die Münchner Innenstadt zu Tode kommen, alle Geiseln erschießen lasse.³⁸ Damit wird der instrumentelle Charakter der Geiselnahme klar: Es war den Putschisten egal, wen sie verhafteten; entscheidend war, dass sie ein „Faustpfand“ für den Fall in die Hand bekamen, dass ihr

³³ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 66282, Denkschrift Hans Knodns (Abschrift).

³⁴ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 66282, Bericht der Polizeidirektion München an das Innenministerium, 25.05.1920.

³⁵ Vgl. Loewenfeld, Memoiren, Bd. 3, 1945, S. 695; zu den Geiseln, die in den Bürgerbräukeller verbracht wurden, gehörte etwa Moritz Wallach, der mit seinem Bruder Julius das größte Geschäft für bayerische Trachten in München unterhielt (vgl. Wallach, Moritz: Das Volkskunsthause Wallach in München, Lime Rock/Conn. 1961, S. 16 f., online unter Leo Baeck Institute New York, http://digital.cjh.org:80/R/-?func=dbin-jump-full&object_id=417603&silolibrary=GEN0127.05.2018).

³⁶ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 125 f.; Walter, Dirk: Antisemitismus (Weimarer Republik), publiziert am 09.01.2007; in: Historisches Lexikon Bayerns, <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Antisemitismus> (Weimarer Republik) [25.08.2018].

³⁷ Vgl. Specht, Heike: Zerbrechlicher Erfolg (1918–1933), in: Bauer, Richard/Brenner, Michael (Hg.): Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München 2006, S. 137–160, hier S. 152.

³⁸ Vgl. Landesausschuß der SPD in Bayern (Hg.): Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen von 1923. Ein im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags aufgedeckter Justizskandal. II. Teil, München 1928, S. 167.

Vorhaben scheiterte.³⁹ Die etwa 20 im Münchner Bürgerbräukeller festgehaltenen jüdischen Geiseln konnten am Mittag des 9. November 1923 von der Polizei befreit werden.⁴⁰

Nach der Niederschlagung des Putschversuchs wurden die Geiselnnehmer nicht vor Gericht gestellt. Ihnen wurde zugebilligt, im Glauben gehandelt zu haben, dass ihr Vorgehen von Generalstaatskommissar Kahr gedeckt sei.⁴¹ Hitler selbst ließ in seinen Ausführungen vor dem Münchner Volksgericht die antisemitische Stoßrichtung des Putschversuchs nicht klar erkennen. Er bezeichnete nicht das Judentum, sondern den Marxismus als „größte[n] Feind und Gegner der ganzen arischen Menschheit“⁴². Wie Ian Kershaw darlegte, hatte Hitler jedoch „seinen Antisemitismus um die Jahresmitte 1920 mit dem Antibolschewismus in dem Bild vom ‚jüdischen Bolschewismus‘ zusammengeführt“. Hitlers Kampf gegen den Marxismus war immer auch ein Kampf gegen das Judentum.⁴³ Wolfram Pyta wies indes nach, dass Hitlers Antisemitismus zu dieser Zeit bereits verschriftlicht war. In vertraulichen Gesprächen hatte er gegenüber Georg Schott, einem völkischen Autor und ehemaligen protestantischen Geistlichen, zu erkennen gegeben, „dass nichts weniger als die brutale physische Vernichtung der Juden auf seiner Agenda stand“. Als Schott diese Gesprächsnotizen 1924 während Hitlers Haftzeit veröffentlichte, tobte dieser, da er sich nun auf Extrempositionen festgelegt und taktischer Freiheiten beraubt sah.⁴⁴

Die Ausweisung der ‚Ostjuden‘

Den Höhepunkt der gegen Juden gerichteten Politik in Bayern bildete die Ausweisung der ‚Ostjuden‘. Zu ihnen zählte man Familien, die seit den 1880er Jahren vorwiegend aus Russland, Galizien und Ungarn zugewandert waren. Wie Dirk Walter zeigte, war es die DNVP, die die ersten Forderungen nach einem staatlichen Vorgehen gegen die ‚Ostjuden‘ erhob. Im Kampf um die Vorherrschaft im rechten Lager setzten die Deutschnationalen beim Thema Antisemitismus auf konkrete Maßnahmen. Damit grenzte man sich klar gegen den ‚Pogromantisemitismus‘ ab und blieb für bürgerliche Kreise wählbar. Anfang 1920 griff die Münchner Presse die Diskussion auf, bis sich auch die Bayerische Mittelpartei – ein bayerischer Ableger der DNVP – und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund diese Forderung zu eigen machten.⁴⁵

Virulent wurden die Forderungen nach Ausweisung der ‚Ostjuden‘, als auf Initiative des bayerischen Innenministeriums die Ursachen der Revolution von 1918/19 untersucht wurden, mit dem Ergebnis, dass nicht aus Bayern stammende Fremde hauptverantwortlich für den Umsturz gewesen seien. Gerade aus dem Osten zugewanderte Juden hätten bolschewistische Ideen importiert. Ihr Aufenthalt im Freistaat wurde deshalb als fortwährendes Risiko angesehen. Um ähnliche Entwicklungen zu verhindern, sollten als

³⁹ Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 131.

⁴⁰ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 136.

⁴¹ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 139 ff.

⁴² Gruchmann, Lothar/Weber, Reinhard/Gritschneider, Otto (Hg.): Der Hitler-Prozess 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I, Bd. 1, München 1997, S. 20.

⁴³ Kershaw, Hitler, 2009, S. 171.

⁴⁴ Pyta, Wolfram: Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse, München 2015, S. 173.

⁴⁵ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 59 ff.

gefährlich eingestufte Ausländer überwacht, gegebenenfalls verhaftet, in Sammellagern interniert und ausgewiesen werden. Nur so seien Ausschreitungen der Bevölkerungsmehrheit gegen diese Minderheit zu verhindern. Unterstützung fanden diese Forderungen beim Regierungspräsidenten von Oberbayern, Gustav von Kahr.⁴⁶

Als Folge dieser „verzerrten Revolutionsanalyse“⁴⁷ und der öffentlichen Forderungen nach einem harten Kurs gegen die ‚Ostjuden‘ wurde am 20. März 1920, also bereits wenige Tage nach Kahrs Wahl zum Ministerpräsidenten, eine neue Fremdenverordnung erlassen. Auf ihrer Grundlage sollten seit Kriegsausbruch 1914 ins Land gekommene ‚Ostjuden‘ interniert und abgeschoben werden. Besonders perfid daran war, dass viele von ihnen im Krieg als Arbeitskräfte angeworben oder gar als Zwangsarbeiter verschleppt worden waren. Da ihnen die Einbürgerung verwehrt war und sie sich als Ausländer bei der Polizei registrieren mussten, stellten sie die ideale Zielgruppe für staatliche Repression dar. Als Internierungslager diente das Fort Prinz Karl in Ingolstadt, wo ab April 1920 bis zu 100 Personen gleichzeitig gefangen gehalten wurden. Um das skandalöse Vorgehen zu verschleiern, wurden die Lagerinsassen von den Behörden zu Kriminellen und Asozialen gestempelt. Als es schließlich doch zu massiver öffentlicher Kritik kam, wurde die Aktion abgebrochen. Dessen ungeachtet blieben die Betroffenen wochenlang in sogenannter Schutzhaft – ein Vorgehen, das laut Artikel 3 des „Gesetzes über außerordentliche Maßnahmen zum Schutz des Freistaates“ vom 31. Juli 1919 nur „zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches oder des Landes“ zulässig war.⁴⁸ Davon konnte zwar keine Rede sein, doch machte das Vorgehen Schule: Gegen missliebige Ausländer gingen staatliche Behörden Anfang der 1920er Jahre auch in anderen Ländern des Deutschen Reichs vor. Vielerorts wurden ähnliche Internierungslager wie in Ingolstadt errichtet.⁴⁹

Von den seit Generationen in Bayern und Deutschland ansässigen Juden ergriffen nur wenige für ihre Glaubensbrüder und -schwestern Partei, da „sie ihren eigenen Status durch die armen, in Habitus, Kleidung und Sprache so unterschiedlichen Zuwanderer bedroht sahen“⁵⁰. Treibende Kraft dieser ablehnenden Haltung war der Verband Nationaldeutscher Juden, dessen Vorsitzender Max Naumann 1921 kategorisch feststellte: „Dem nationaldeutschen Juden ist der Ostjude ein Fremder, und nichts als ein Fremder, er ist ihm gefühlsmäßig, geistesmäßig, körperlich fremd.“⁵¹

Im Herbst 1923 unternahm Bayern unter Generalstaatskommissar Kahr einen neuen Anlauf zur Ausweisung der ‚Ostjuden‘. Kahr wollte die Durchsetzungsfähigkeit seiner Regierung demonstrieren und den Nationalsozialisten Wind aus den Segeln nehmen. Die Polizei wurde beauftragt, nach Auffälligkeiten im Umfeld der betroffenen Familien zu suchen. Dabei griffen die Beamten – ähnlich wie 1920 – auf Denunziationen aus der nichtjüdischen Bevölkerung zurück, die „eine antisemitische Dynamik ‚von unten‘“

⁴⁶ Vgl. Walter, *Antisemitische Kriminalität*, 1999, S. 53–56.

⁴⁷ Walter, *Antisemitische Kriminalität*, 1999, S. 56.

⁴⁸ Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern 1919, Nr. 53, 27.08.1919, S. 413–417, hier S. 414.

⁴⁹ Vgl. Walter, *Antisemitische Kriminalität*, 1999, S. 70–76.

⁵⁰ Schönhagen, Benigna: Die zweite Jüdische Gemeinde von Augsburg 1861–1943, in: Brenner, Michael/Ullmann, Sabine (Hg.): *Die Juden in Schwaben (= Studien zur Geschichte und Kultur der Juden in Bayern, Bd. 6)*, München 2013, S. 225–249, hier S. 230.

⁵¹ Zitiert nach Eitz/Engelhardt, *Diskursgeschichte*, 2015, S. 57.

erkennen ließen.⁵² Der Hauptvorwurf lautete, dass sich aus dem Osten zugezogene Juden im Verlauf des Krieges – statt für Deutschland zu kämpfen – bereichert und so der Wirtschaft geschadet hätten.⁵³ Als ‚Beleg‘ dafür reichte die Tatsache, dass aus einem zugewanderten Mittellosen ein Geschäftsmann geworden war, der sein Auskommen erwirtschaften konnte.⁵⁴ Wohnungen und Fabriken, Maschinen und Waren der Ausgewiesenen wurden konfisziert. Kahr wies die Behörden an, dass die Betriebe aus Rücksicht auf die angespannte Wirtschaftslage unbedingt durch einen vom bisherigen Inhaber einzusetzenden Geschäftsführer am Laufen gehalten werden müssten – bei einer Weigerung sollte „die Weiterführung des Geschäfts oder Betriebs und dessen Veräußerung [...] zu Gunsten der bayerischen Staatskasse“ erfolgen.⁵⁵ Etwa 400 Personen aus München, Nürnberg und Bayreuth erhielten 1923 entsprechende Ausweisungsbescheide.⁵⁶

Neben dem ‚Gesamtausschuß der Ostjuden‘, der sich bereits im November 1918 gebildet hatte, unterstützte vor allem das Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde in München die Betroffenen. Protestnoten wurden an die Regierung Kahr gerichtet.⁵⁷ Auch in nichtjüdischen Kreisen regte sich Unmut über das skandalöse Vorgehen der Behörden. Selbst aus dem fernen New York kam Kritik. In einer anonymen Zuschrift einer „treue[n] christliche[n] Bayerin“ an den „bayerischen Diktator Herrn Dr. von Kahr, München, Germany“, ließ die Autorin ihrer Wut freien Lauf: „Ihr treibt Eure eigenen Landsleute aus, um in den Besitz des von denselben hart erworbenen Eigentums zu gelangen [...]. Das bringt unserem bayerischen Vaterland keinen Segen, Ihr dürft das nicht tun, im Namen der Gerechtigkeit u[nd] der alten bayrischen Treue. Es sind viele Christen in Bayern, denen ich nicht in ihr Gewissen schauen möchte.“⁵⁸ Michael Kardinal von Faulhaber, Erzbischof von München und Freising, prangerte in seiner Allerseelenpredigt 1923 jede Form von Hetze und Hass gegenüber Minderheiten an. Das Auswärtige Amt in Berlin warnte die bayerische Regierung vor Vergeltungsaktionen gegen die deutschstämmige Bevölkerung in Polen. Da an einer Eskalation keiner Seite gelegen sein könne, sollten die Ausweisungen zumindest aufgeschoben werden. Als Ministerpräsident Eugen von Knilling schließlich bereit war, die Aktion auszusetzen und die Kompetenzen des Generalstaatskommissars zu beschränken, trat Kahr am 17. Februar 1924 zurück. Es dauerte jedoch noch bis zum März 1925, ehe der Ausnahmezustand aufgehoben wurde und die Ausweisung der ‚Ostjuden‘ ein Ende fand.⁵⁹

⁵² Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 78.

⁵³ Vgl. Bericht der Polizeileitstelle Bamberg über den Stand der antisemitischen Bewegung in Nordbayern, November 1919, abgedruckt in: Longenrich, Peter (Hg.): Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, München 1992, S. 157–160.

⁵⁴ Vgl. Selig, Wolfram: „Arisierung“ in München. Die Vernichtung jüdischer Existenz 1937–1939, Berlin 2004, S. 11 f.

⁵⁵ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Generalstaatskommissar 11, vertrauliche Anweisung des Generalstaatskommissars Kahr an Polizei und Ministerien, 26.10.1923.

⁵⁶ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 77.

⁵⁷ Vgl. Specht, Zerbrechlicher Erfolg, 2006, S. 148 f.

⁵⁸ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Generalstaatskommissar 89, anonymes Schreiben an Generalstaatskommissar Kahr, eingegangen am 23.11.1923.

⁵⁹ Vgl. Pommerin, Reiner: Die Ausweisung von „Ostjuden“ aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 311–340, hier S. 325–334.

Jüdisch-Bayrischer Protest gegen den Antisemitismus

Die Juden nahmen die Zunahme des Antisemitismus zu Beginn der 1920er Jahre in Bayern keineswegs widerstandslos hin: Am 24. März 1919 kam es zu einer Protestkundgebung in Regensburg.⁶⁰ 1919/20 organisierten Juden in München das regelmäßige Entfernen von öffentlich angeschlagenen Zetteln oder Plakaten mit antisemitischen Parolen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.⁶¹ Im Dezember 1920 stellte sich der Münchner Gemeinderabbiner Leo Baerwald mutig den Nationalsozialisten entgegen. Er suchte eine öffentliche Versammlung der NSDAP im Bürgerbräukeller auf, „um die Diskussion mit Hitler aufzunehmen“. Hitlers Schläger warfen ihn hinaus.⁶² Sigmund Fraenkel, der Vorsitzende des jüdisch-orthodoxen Vereins Ohel Jakob, wandte sich 1921 öffentlich gegen die „konfessionelle Verhetzung“, für die er auch die Münchner Polizeidirektion verantwortlich machte.⁶³ Die Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Ichenhausen richteten Mitte September 1923 ein Protestschreiben an den örtlichen Stadtrat, in dem sie sich „gegen das hetzerische Treiben verantwortungsloser Elemente [verwarhten], die Zwietracht unter die Bevölkerung tragen wollen und allen Ernstes daran sind, den seit Jahrhunderten in unserem Städtchen heilig gehaltenen Frieden unter den Konfessionen zu zerstören“. Der Stadtrat von Ichenhausen schloss sich dem Protest einstimmig an.⁶⁴

Auch jüdische Interessenvertretungen setzten sich gegen den Antisemitismus zur Wehr. Als 1923 SA-Männer mehrfach Züge durchsuchten und mitreisende Juden drangsalieren, beschwerte sich eine Delegation des Verbands Bayerischer Israelitischer Gemeinden bei der Regierung.⁶⁵ Reichsweit agierte der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Im Unterschied etwa zum Verein zur Abwehr des Antisemitismus bot der Centralverein seinen Mitgliedern professionellen Rechtsschutz und brachte zahlreiche antisemitische Vorfälle vor Gericht. Es ging dabei um Diskriminierung von Juden im Berufsleben oder die im Fremdenverkehr spürbar werdende Judenfeindlichkeit, wenn beispielsweise Urlaubsorte wie Murnau oder einzelne Pensionen in Schliersee, Berchtesgaden oder Oberstdorf beschlossen, „nur christliche Gäste aufzunehmen“⁶⁶. Den Schwerpunkt bildete der Kampf um die juristische Ahndung von judenfeindlichen Beleidigungen. Da in der Weimarer Republik antisemitische Äußerungen nicht als Straftatbestand definiert waren, musste man aufwendige Verfahren, einen wahren Kleinkrieg, führen, in der Hoffnung, über die Schaffung von

⁶⁰ Vgl. Borut, Jakob: Die Juden in Regensburg 1861–1933, in: Brenner, Michael/Höpfinger, Renate (Hg.): Die Juden in der Oberpfalz (= Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern, Bd. 2), München 2009, S. 159–181, hier S. 171.

⁶¹ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 24 f., 59; zu den Hetzplakaten des DVSTB vgl. Jung, Walter: Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (DVSTB), 1919–1924/35, publiziert am 02.11.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutschvölkischer_Schutz-_und_Trutzbund_\(DVSTB\),_1919-1924/35](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutschvölkischer_Schutz-_und_Trutzbund_(DVSTB),_1919-1924/35) [24.08.2018].

⁶² Ben-Chorin, Schalom: Jugend an der Isar, ungekürzte Neuausgabe, München 1988 [1980], S. 33.

⁶³ Vgl. Fraenkel, Sigmund: Die konfessionelle Verhetzung in München, Berliner Tageblatt, 11.06.1921, abgedruckt in: Lamm, Hans (Hg.): Vergangene Tage. Jüdische Kultur in München, München/Wien 1982, S. 375–378.

⁶⁴ Vgl. Haus der Bayerischen Geschichte (Hg.): Juden auf dem Lande. Beispiel Ichenhausen; Katalog zur Ausstellung in der ehemaligen Synagoge Ichenhausen (= Veröffentlichungen zur bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 22), München 1991, S. 101 f., Protestschreiben mit Zitat abgedruckt auf S. 102.

⁶⁵ Vgl. Ophir, Baruch Z./Wiesemann, Falk: Geschichte und Zerstörung der jüdischen Gemeinde in München 1918–1945, in: Lamm (Hg.), Vergangene Tage, 1982, S. 462–489.

⁶⁶ Vossische Zeitung, Nr. 86, 20.02.1924, Wochenbeilage „Für Reise und Wanderung“.

Präzedenzfällen auf die Rechtsprechung einzuwirken.⁶⁷ Besonders intensiv setzte sich das *Jüdische Echo* – das 1913 gegründete „zentrale Organ der Zionisten in Bayern“⁶⁸ – mit Angriffen auf das Judentum auseinander. Als die Zeitung am 30. November und 14. Dezember 1924 die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen die laut Polizei „bedenklichen ostjüdischen Elemente“ als „Sturmflut des Hasses“ brandmarkte, verbot Kahr ihr Erscheinen kurzerhand – „wegen der verlogenen Hetze gegen die Bayer[ische] Regierung“⁶⁹.

Auch in Nürnberg, wo Julius Streicher seit 1923 sein antisemitisches Hetzblatt *Der Stürmer* herausgab, machte die Jüdische Gemeinde Angriffe auf Juden publik. Im *Nürnberger Israelitischen Gemeindeblatt* hieß es Anfang November 1923: „Die Früchte der starken antisemitischen Verhetzung zeigen sich auch in unserer Stadt in häufigen Belästigungen jüdischer Passanten. Als besonders geistvoller Scherz gilt die Überreichung und Übersendung von ‚Fahrkarten‘ nach Jerusalem. [...] Mehrfach sind feige Angriffe auf jüdische Herren zu verzeichnen, die sich insbesondere in Anschluss an nationalsozialistische Versammlungen und Veranstaltungen abspielten. So wurden wieder in der Nacht nach der Hitlerversammlung zwei geachtete Mitglieder unserer Gemeinde in brutaler Weise angegriffen und verletzt.“⁷⁰

Im Kampf gegen den Antisemitismus engagierten sich auch Frauen, so etwa in Nürnberg Julie Meyer, die Mitglied im Centralverein war. Als Mitherausgeberin der an die liberale Deutsche Demokratische Partei angebundenen Zeitschrift *Echo der jungen Demokratie* verband sie ihren Einsatz für jüdische Interessen mit dem publizistischen Werben für den neuen Staat. Die Max-Weber-Schülerin hielt Seminare an der Volkshochschule und gab „viele Anregungen zur Weiterentwicklung und Fundierung demokratischer Strukturen“⁷¹. Die intellektuelle Auseinandersetzung mit den Judenfeinden suchte auch der in München lebende Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker Lujo Brentano. 1924 stellte er in einem Aufsatz fest, dass die von den Antisemiten geforderte ‚Rassenreinheit‘ nichts als ein Trugbild sei. Gerade das deutsche Volk sei über die Jahrhunderte hinweg wie kaum ein anderes von Migration und Austausch mit anderen Völkern geprägt worden.⁷² Der weltberühmte Chemiker Richard Willstätter, der 1915 den Nobelpreis erhalten hatte, sah sich 1924/25 aus Protest gegen die Diskriminierung jüdischer Kollegen in Berufungsverfahren an seiner Hochschule gezwungen, von seiner Professur an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zurückzutreten.⁷³

⁶⁷ Vgl. Walter, *Antisemitische Kriminalität*, 1999, S. 89–96.

⁶⁸ Vgl. Specht, *Zerbrechlicher Erfolg*, 2006, S. 146.

⁶⁹ Das *Jüdische Echo*, 10. Jg., Nr. 48, 30.11.1923, S. 493 und Nr. 49, 14.12.1923, S. 503; Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Generalstaatskommissar 83, Anordnung des Generalstaatskommissars Kahr bezüglich des Verbots des ‚Jüdischen Echos‘, 31.12.1923.

⁷⁰ *Nürnberger Israelitisches Gemeindeblatt*, 01.11.1923, S. 12.

⁷¹ Vgl. Schmidt, Alexander: „Eine ganz moderne Gemeinde ...“: Zur Geschichte der Nürnberger Juden vor 1933, in: Brenner, Michael/Eisenstein, Daniela F. (Hg.): *Die Juden in Franken* (= Studien zur Jüdischen Geschichte und Kultur in Bayern, Bd. 5), München 2012, S. 181–198, hier S. 194.

⁷² Vgl. Brentano, Lujo: *Der Judenhaß. Wege zur Verständigung*, Berlin 1924.

⁷³ Vgl. Willstätter, Richard: *Die Geschichte meines Rücktritts*, in: Lamm (Hg.), *Vergangene Tage*, 1982, S. 412–419.

Die Suche nach einer jüdischen Identität

Für das *Jüdische Echo* gehörte es im Frühjahr 1924 zu den traurigsten Tatsachen, „daß die Judenhetze bei den Juden selbst die größten Verheerungen anrichtet. Wie die Wirkung der judenhetzerischen Lügen allgemein darauf beruht, daß etwas schließlich immer geglaubt wird [...] so vergiftet sie selbst die jüdischen Seelen und allzu viele Juden meinen schließlich, daß etwas an den Vorwürfen daran sein müßte, begegnen ihren Stammesgenossen mit Mißtrauen und Abneigung, schämen sich ihres Judentums, sind hochbefriedigt, wenn ihnen ein Antisemit etwa sagt: ‚Ja, wenn alle Juden so wären wie Sie!‘“ Für diese Entwicklung verantwortlich machte die Zeitung die Assimilation der Juden. Die Anpassung an die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft habe sie „vom Nährboden der jüdischen Gemeinschaft losgelöst“ und ihnen „durch falsche Bildungsideale den Besitz an jüdischem Wissen und damit den berechtigten Stolz auf die großen geistigen, kulturellen Leistungen des jüdischen Volkes genommen“. Da die assimilierte Generation der Juden nicht mehr wisse, wofür sie stehe, sei sie dem „feindlichen Ansturm der Judenhetze [schutzlos] ausgeliefert.“⁷⁴

In dieser Kritik zeigt sich das Dilemma, in dem sich die Juden in Deutschland, Bayern und auch in Österreich in den frühen 1920er Jahren befanden. Viele fühlten sich von der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft missachtet. Besonders eindringlich schilderte Jakob Wassermann dieses Problem. Wassermann, der bis Anfang der 1930er Jahre zu einem der meistgelesenen deutschsprachigen Autoren werden sollte, beklagte 1921, dass ihm die Anerkennung als jüdischer Deutscher gerade in München zum „tödlichen Krampf“ geworden sei.⁷⁵ Viele Juden glaubten sich entscheiden zu müssen, welchen Weg sie beschreiten wollten: Bedingungslose Anpassung auch zum Preis der Selbstaufgabe, um so zu Aufstiegschancen zu gelangen? Suche nach einer Identität mit Betonung des jüdischen Glaubens und der jüdischen Kultur bei gleichzeitiger Akzeptanz der Rolle als Außenseiter? Oder Anschluss an die Zionisten, die als Antwort auf den Antisemitismus einen eigenen jüdischen Nationalstaat forderten?⁷⁶

Die Folge war eine Ausdifferenzierung jüdischen Lebens in Bayern wie auch im übrigen Deutschland. Neben den liberal-reformierten Juden standen die Orthodoxen, die auf strenggläubige Religionsausübung setzten. Für sie richteten etwa Adas Israel in Nürnberg und Ohel Jakob in München in den 1920er Jahren jüdische Schulen ein. Beide hatten sich bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als eigenständige Vereine gegründet und sich vom liberalen Reformjudentum abgegrenzt. Auch in Hermannsburg bei Regensburg und in Augsburg entstanden orthodoxe Gruppierungen.⁷⁷ Die ‚Ostjuden‘ unterhielten im Münchner Gärtnerplatzviertel eigene Betsäle. Gleichzeitig nahm der Zionismus starken Aufschwung in München, was sich auch in der Gründung eines Ablegers der Jüdischen Volkspartei (JVP) 1921 zeigte. Bei den jüdischen Gemeindewahlen

⁷⁴ Das Jüdische Echo, 11. Jg., Nr. 1–14, 04.04.1924, S. 7 f.

⁷⁵ Wassermann, Jakob: Mein Weg als Deutscher und Jude, 3. Aufl. München 2005 [1921], S. 122.

⁷⁶ Vgl. Fassel, Peter: Juden in Bayern – Von den Anfängen bis zur NS-Zeit, in: Müller, Hans-Jürgen/Rudnick, Ursula (Hg.): Christen und Juden. Juden und Christen. Katalog zur Wanderausstellung in Bayern, Hannover 2002, S. 12–21.

⁷⁷ Vgl. Kießling, Rolf: Judentum (Weimarer Republik), publiziert am 25.10.2007; in: Historisches Lexikon Bayerns, [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Judentum_\(Weimarer_Republik\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Judentum_(Weimarer_Republik)) [05.08.2018].

desselben Jahres kam die JVP auf über 20 Prozent der Stimmen. Mit Rechtsanwalt Elias Straus wurde erstmals auch ein Zionist zum Vizepräsidenten der Gemeinde gewählt.⁷⁸

Gut 30 Jahre zuvor hatte die Jüdische Gemeinde in München dem Zionismus noch eine Absage erteilt. Nach dem Ende einer langen Phase staatlicher Ausgrenzung demonstrierte man mit dem 1887 vollendeten Bau der Hauptsynagoge neues Selbstbewusstsein. Nicht mehr in der Vorstadt, sondern mitten im Zentrum, in Sichtweite zur Frauenkirche, war das drittgrößte jüdische Gotteshaus im Deutschen Reich entstanden. In diesem architektonisch an die Münchner Lukaskirche in neoromanischem Stil angelehnten Bau manifestierte sich die Zugehörigkeit der Gemeinde zur Stadtgesellschaft. Entsprechend lehnte sie 1897 auch das Ansinnen Theodor Herzls ab, den ersten Jüdischen Weltkongress in München zu veranstalten. Es wäre das falsche Signal gewesen: Nicht im jüdischen Nationalstaat fühlte man sich verwurzelt, sondern daheim in Bayern und Deutschland.⁷⁹

In den 1920er Jahren wuchs unter den Juden in Bayern ebenso wie im ganzen Reich das Interesse an jüdischer Kultur und jüdischer Geschichte, wie es etwa in den Judaica-Forschungen Theodor Harburgers sichtbar wird.⁸⁰ Jüdische Vereine und soziale Einrichtungen verzeichneten großen Zulauf. Eine eigene Schule, eine Bibliothek, ein Kranken- und ein Waisenhaus entstanden.⁸¹ Auf der anderen Seite lösten sich viele Juden vom tradierten jüdisch-religiösen Leben. Am Ende dieser Entwicklung stand die Herausbildung eines „selbstbewußten, freien Kulturjudentums“, wie der Münchner Gemeinderabbiner Leo Baerwald 1937 enttäuscht feststellte.⁸²

Auch für Augsburg ließ sich in den 1920er Jahren „eine weitreichende Akkulturation“ der Juden feststellen. Dafür sprach etwa die wachsende Zahl der Mischehen mit Nichtjuden. Gleichzeitig kam es zu „einer zunehmenden Säkularisierung und Distanz zu den religiösen Grundlagen der eigenen Kultur [...]. So berichteten viele Zeitzeugen, dass sie nur noch an den Hohen Feiertagen die Synagoge besuchten.“⁸³ Ähnliches galt auch für die Ortenaus in Traunstein und Bad Reichenhall, wo die Gebrüder Karl (als Offizier) und Gustav (als Kurarzt) „bis zum Ende der Weimarer Republik trotz der sich verstärkenden antisemitischen Tendenzen scheinbar vollkommen integriert“ mit ihren Familien lebten. Im Gegensatz zur Elterngeneration pflegten sie „ein sehr distanzierendes Verhältnis zur jüdischen Religion“⁸⁴.

⁷⁸ Vgl. Brenner, Michael: Jüdische Volkspartei (JVP), 1919–1933, publiziert am 28.08.2006; in: Historisches Lexikon Bayerns, [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Jüdische_Volkspartei_\(JVP\),_1919-1933](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Jüdische_Volkspartei_(JVP),_1919-1933) [05.08.2018].

⁷⁹ Vgl. Beth ha-Knesseth: Ort der Zusammenkunft, München 1999, S. 70–72, 97.

⁸⁰ Vgl. Purin, Bernhard: Theodor Harburger und das jüdische Museumswesen in Bayern, in: Assouline, Hadassah u. a. (Hg.): Die Inventarisierung jüdischer Kunst- und Kulturdenkmäler in Bayern, Bd. 1, Fürth/Jerusalem 1998, S. 51–63.

⁸¹ Vgl. Specht, Zerbrechlicher Erfolg, 2006, S. 155 f.; vgl. auch Borut, Die Juden in Regensburg, 2009, S. 176.

⁸² Baerwald, Leo/Feuchtwanger, Ludwig (Hg.): Festgabe 50 Jahre Hauptsynagoge München 1887–1937, München o. J. [1937], S. 41.

⁸³ Schönhagen, Die zweite Jüdische Gemeinde von Augsburg, 2013, S. 235.

⁸⁴ Berthold-Hilpert, Monika: Die Ortenaus: Eine exemplarische fränkisch-jüdische Familiengeschichte der Emanzipationszeit, in: Brenner/Eisenstein (Hg.), Die Juden in Franken, 2012, S. 157–167, hier S. 166.

Nach dem Putsch: Verpasste Chancen zur Bekämpfung des Antisemitismus

Die bayerische Justiz hätte nach der Niederschlagung des Putschversuchs vom 9. November 1923 die Möglichkeit gehabt, der Gefahr des Nationalsozialismus entschieden entgegenzutreten. Der aus Österreich stammende Adolf Hitler hätte wegen Hochverrats ausgewiesen werden müssen. Das Republikschutzgesetz sah bei staatsfeindlichen Umsturzversuchen die Anklage vor dem dafür geschaffenen Reichsgerichtshof in Leipzig vor. Generalstaatskommissar Kahr lehnte den Vollzug dieses Gesetzes jedoch ab und akzeptierte die von den Leipziger Ermittlungsbehörden erwirkten Haftbefehle gegen die Putschisten nicht.⁸⁵ Gegen sie wurde stattdessen ein Verfahren vor einem Münchner Sondergericht eröffnet. Der Vorsitzende Richter Georg Neithardt, den Hitler 1933 zum Oberlandesgerichtspräsidenten in München befördern sollte,⁸⁶ sympathisierte offen mit den Angeklagten. Ungehindert konnte Hitler vor Gericht seine Weltsicht verkünden – die sensationslüsterne Presse brachte einen großen Artikel nach dem anderen. Es war dieser Prozess, der Hitler zu ungeahnter Popularität verhalf. Das Gericht bescheinigte den Putschisten ehrenhafte Motive, sprach Ludendorff frei und verurteilte Hitler und seine Komplizen lediglich zur Mindeststrafe von fünf Jahren Festungshaft mit der Aussicht, bereits nach sechs Monaten auf Bewährung freizukommen.⁸⁷

Diese Urteilsfindung war nur möglich, weil Gericht und Staatsanwaltschaft bei Erhebung und Würdigung der Beweise selektiv vorgehen. Ganz bewusst nicht als Beweisstück herangezogen wurde der oben erwähnte, am 9. November 1923 bei Theodor von der Pfordten gefundene Verfassungsentwurf. „Hätte man diese Verfassung nicht verschwiegen, wäre die Verhängung der Mindeststrafe (und die Aussicht auf Bewährung) unmöglich durchsetzbar gewesen.“⁸⁸ Die Öffentlichkeit erfuhr erst 1926 von der Existenz dieses Dokuments, ehe sich 1927 dank des Einsatzes von Wilhelm Hoegner (SPD) auch ein Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag mit ihm beschäftigte. Zu dieser Zeit war das Interesse an den Vorgängen jedoch weitgehend abgeklungen. Die Weimarer Republik hatte sich konsolidiert, die Gefahr durch die Nationalsozialisten schien gebannt. Eine ins allgemeine Bewusstsein dringende Auseinandersetzung mit den Geschehnissen vom Herbst 1923 blieb aus.⁸⁹

Es ist bemerkenswert, dass das *Jüdische Echo* sogar nach dem Skandalurteil im Hitler-Prozess um eine sachlich abwägende Bewertung der Vorgänge rund um den Putsch bemüht war. Zwar habe sich Kahr aufgrund seiner gegen die ‚Ostjuden‘ gerichteten „Ausweisungspolitik“ klar als Antisemit zu erkennen gegeben. Man müsse ihm jedoch zugutehalten, dass er in der Zeit bis zum Hitler-Ludendorff-Putsch für die Aufrechterhaltung der Ordnung und damit auch für die „Sicherheit des Lebens und des Eigentums der Juden“ gesorgt habe. Vorwerfen lassen müsse er sich freilich, dass er die

⁸⁵ Fleischmann, Peter (Hg.): Hitler als Häftling in Landsberg am Lech 1923/24. Der Gefangenen-Personalakt Hitler nebst weiteren Quellen aus der Schutzhaft-, Untersuchungshaft- und Festungshaftanstalt Landsberg am Lech, Neustadt a. d. Aisch 2015, S. 23.

⁸⁶ Vgl. Heusler, Das Braune Haus, 2008, S. 105.

⁸⁷ Vgl. Dotterweich, „Hitlerputsch“, 2010, S. 183; zum Prozess siehe auch Gritschneider, Otto: Der Hitler-Prozess und sein Richter Georg Neithardt, München 2001.

⁸⁸ Gietinger, Hitler vor Gericht, 2009, S. 85.

⁸⁹ Vgl. Landauer, Carl: Erinnerungen an die Münchener Sozialdemokratie, in: Lamm (Hg.), Vergangene Tage, 1982, S. 380–386; Meinel, „Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen ...“, 2000, S. 45.

rechtsradikalen Kampfbünde so groß hatte werden lassen, dass er sie am Ende „nur noch mit Waffengewalt niederhalten konnte“. Gegen den Vorwurf der mangelnden Vaterlandsliebe der Juden wandte sich der Artikel mit aller Entschiedenheit: „Wir deutschen Juden empfinden genau so, wie unsere Mitbürger anderen Stammes und Glaubens die Not des Vaterlandes; auch wir halten es für einen auf die Dauer unerträglichen Zustand, daß Frankreich innerhalb unserer Grenzen als Eroberer schaltet und waltet und die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft hindert, die allein uns befähigen würde, Reparationsleistungen zu betätigen.“ Allerdings sei dagegen nicht „bewaffnete Erhebung“ anzuraten, die nur „zum schrecklichsten Bürgerkrieg führen müßte“. Vielmehr sei es die Pflicht aller, „den berufenen Führern der Nation ihr dornenvolles Amt nicht zu erschweren, sondern in schweigender Unterordnung unter Verfassung und Gesetz zum Besten des Landes zu arbeiten“. Statt in diesem Sinne hoffnungsfroh an einer Zukunft zu bauen, hätten sich die Aussichten jedoch verdüstert: „Das Recht dient wieder einmal der Macht und es besteht besonders für uns Juden aller Grund, der weiteren Entwicklung in Bayern mit Sorge gegenüber zu stehen, nachdem die Männer, deren Leitmotiv der Judentumhaß mit allen seinen Gesetzlosigkeiten ist, zu den edelsten des deutschen Volkes gestempelt werden.“⁹⁰

Zwar nahmen in Bayern die Übergriffe auf Juden in der Folgezeit merklich ab. Auch in den Parteiprogrammen und Wahlkämpfen verlor der Antisemitismus als Thema an Bedeutung.⁹¹ Bei der bayerischen Landtagswahl am 6. April 1924 triumphierte jedoch der Völkische Block, der als Ersatzformation für die verbotene NSDAP angetreten war. Aus dem Stand holte er 17 Prozent der Stimmen. Wie das *Jüdische Echo* Anfang April 1924 analysierte, waren sich die „zahllosen völkischen und vaterländischen Verbände“ zu dieser Zeit einig im „Haß gegen die Juden“⁹². Dieser Hass äußerte sich auch ganz handfest: Für mehrere Orte in der Oberpfalz sind „antisemitische Äußerungen und Friedhofsschändungen“ für die gesamte Zeit der Weimarer Republik belegt.⁹³ 1924 und 1927 kam es in Regensburg zu Friedhofsschändungen, als Grabsteine umgeworfen oder mit Hakenkreuzen beschmiert wurden.⁹⁴ „In Augsburg, wo es schon 1893 zur Gründung einer Ortsgruppe der Antisemitischen Volkspartei gekommen war, fand der Antisemitismus vor allem im katholischen Milieu Anhänger. Die Augsburger Postzeitung [...] trug [...] wesentlich zur Verbreitung jüdenfeindlicher Ressentiments bei. Diese führten schon vor der Etablierung des NS-Regimes zu Handgreiflichkeiten und Gewalt gegen Juden. Mehrmals wurden in den 1920er Jahren Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof umgeworfen und beschädigt. Zentral gelegene Geschäfte [...] wurden beschmiert, ihre Inhaber bedroht.“⁹⁵

Auch publizistisch machte sich der Antisemitismus weiterhin bemerkbar. So forderte der Monarchist Erwein von Aretin 1924 die „kerngesunden Kräfte des heute noch wie vor Jahrhunderten staatsstolzen und staatserhaltenden Landes“ Bayern auf, die „verödete

⁹⁰ Das Jüdische Echo, 11. Jg., Nr. 1-14, 04.04.1924, S. 3-6.

⁹¹ Vgl. Walter, Antisemitische Kriminalität, 1999, S. 12.

⁹² Das Jüdische Echo, 11. Jg., Nr. 1-14, 04.04.1924, S. 4.

⁹³ Vgl. Höpfinger, Renate: Die Jüdische Gemeinde von Floß, in: Brenner/Höpfinger (Hg.), Die Juden in der Oberpfalz, 2009, S. 87-104, hier S. 100.

⁹⁴ Vgl. Borut, Die Juden in Regensburg, 2009, S. 171.

⁹⁵ Schönhagen, Die zweite Jüdische Gemeinde von Augsburg, 2013, S. 235 f.

Ostbastion des deutschen Volkes“ zu übernehmen, um zu verhindern, dass „die üble Mischung balkanisch-jüdischen Geistes ihr zersetzendes Gift weiterfressen lassen“ könne „in den gesunden deutschen Körper“. Stattdessen empfahl er, „aus den ewigen Urquellen der Religion“ zu schöpfen, wodurch „die verstörte Generation des Umsturzes zurückfinden [können] zu den sittlichen Gesetzen unserer Väter“. Die Jugend solle das reiche kulturelle Erbe der Vorfahren gegen alles Fremde verteidigen: „Wir wollen die Herren bleiben in der Heimat dieser Schätze und deren Mehrung den Söhnen anvertrauen dieser Heimat, deren Sinne wach sind für ihre Pracht, [...] wach durch den gemeinsamen Rhythmus des Blutes, der sie verbindet mit ihren Schöpfern, die unsere Väter waren.“⁹⁶

Zusammenfassung

Gustav Ritter von Kahr erhob bereits 1920 als Ministerpräsident und mehr noch im September 1923 als Generalstaatskommissar den Antisemitismus in Bayern zur Regierungspolitik. Infolge der irrigen Analyse der Revolutionsursachen, die den Einfluss ausländischer Akteure jüdischen Glaubens betonte, wurde 1920 in Abstimmung mit der Münchner Polizeidirektion das Fremdenrecht verschärft. Mit der vorgeschobenen Begründung, dass nur so Übergriffe der nichtjüdischen Bevölkerungsmehrheit vermieden werden könnten, ließ Kahr in Anlehnung an Forderungen der DNVP Ausweisungsaktionen gegen ‚Ostjuden‘ durchführen. Für derartige Maßnahmen konnte Kahr auch auf Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen, wie die antisemitische Denkschrift des Reichswehrangehörigen Hans Knodn aus Passau exemplarisch belegt. Das Kalkül hinter Kahrs Vorgehen war, im Kampf um die Vorherrschaft im völkisch-nationalistischen Lager mit konkret umsetzbaren Maßnahmen gegen Juden zu punkten und sich – um für bürgerliche Kreise wählbar zu bleiben – von den extremen Forderungen der ‚Pogromantisemiten‘ abzusetzen.

Diese Pogromstimmung war Anfang der 1920er Jahre vielerorts in Bayern zu spüren. Immer wieder kam es zu tätlichen Angriffen auf jüdische Passanten und Überfällen auf jüdische Wohnungen oder Geschäfte. Die Schlägertrupps der SA formierten sich in Bayern früher als anderswo in Deutschland und konnten sich staatlicher Duldung erfreuen. Ein im Zusammenhang mit dem Hitler-Ludendorff-Putsch gefundener Verfassungsentwurf der Putschisten nahm bereits Elemente der nach 1933 von den Nationalsozialisten praktizierten Judenverfolgung vorweg. Die Übergriffe auf Juden und insbesondere die Geiselnahmen während des Putschversuchs vom 8./9. November 1923 erfolgten unkoordiniert nach Gutdünken der Rechtsextremisten. Zu einem Gewaltexzess wie beim Scheunenviertelpogrom in Berlin am 5. November 1923 kam es in München nicht.

Die jüdischen Interessenvertretungen protestierten wiederholt gegen die Entwicklungen in Bayern. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bot seinen Mitgliedern professionellen Rechtsschutz und brachte antisemitische Anfeindungen vor Gericht. Die meisten Juden unterschätzten aber die Tragweite des sich ausbreitenden Antisemitismus. Nach den Erfolgen einer längeren Phase der gesellschaftlichen Akkulturation konnten sie sich nicht vorstellen, dass die Entwicklung

⁹⁶ Aretin, Erwein von: Das bayerische Problem, München 1924, S. 27, 26 f., 30.

zu einer echten Gefahr für das eigene Leben werden könnte. Gleichzeitig provozierte der Judenhas in der Wechselwirkung mit einem Anwachsen des Zionismus die intensive Auseinandersetzung mit der Frage nach einer jüdischen Identität. Am Ende dieser Entwicklung stand die Herausbildung eines ‚Kulturjudentums‘, das sich mehr für jüdische Geschichte und hebräische Sprache als für die jüdische Religion interessierte.

Nach der Niederschlagung des Putschversuchs gingen gewalttätige antisemitische Übergriffe in Bayern wie auch im restlichen Deutschland zurück. Allerdings versäumte es die bayerische Justiz durch grotesk milde Urteile im Hitler-Prozess, mit den Nationalsozialisten einen der Hauptträger des Judenhasse dauerhaft von der politischen Bühne zu verbannen. So konnten sie, aufbauend auf den geistigen Vorarbeiten der frühen 1920er Jahre, nach der Machtübertragung 1933 ihren Rassenwahn in die Tat umsetzen.

Zitiervorschlag Wolfgang Reinicke: „Denn wenn es einmal zu spät ist ...“
Der Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8./9. November 1923 aus jüdisch-bayerischer Perspektive, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, 12 (2018), 23, S. 1–18, online unter http://www.medaon.de/pdf/medaon_23_reinicke.pdf [dd.mm.yyyy].

Zum Autor Dr. Wolfgang Reinicke, geb. 1974 in Jena, 1996–2001 Studium der Geschichte und der Germanistik an der Universität Bamberg, 2013 Promotion in Geschichte an der Universität Würzburg (Dissertation: *Landtag und Regierung im Widerstreit. Der parlamentarische Neubeginn in Bayern 1946–1962*). Seit 2005 Konservator am Haus der Bayerischen Geschichte, Projektleiter ‚Zeitzeugen berichten‘, Kurator für die Bayerischen Landesausstellungen ‚Wiederaufbau und Wirtschaftswunder‘ 2009 in Würzburg und ‚Bayern und Österreich im Mittelalter‘ 2012 in Burghausen, seit 2009 Mitglied im Aufbaustab für das neue Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg. Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Bayern und der Nationalsozialismus, Geschichte des Parlamentarismus, Migrationsgeschichte, Geschichte des Freistaats Bayern.